13.07.2017 Südwest Presse

Kandidaten zeigen klare Kante

Von Regine Lotterer



Michael Donth, Wolfram Hirt, Rebecca Hummel, Beate Müller-Gemmeke, Pascal Kober und Jessica Tatti stellten sich gestern Morgen den Fragen der Gymnasiasten aus Metzingen und Bad Urach. Foto: Regine Lotterer

Worum geht es bei der Bundestagswahl 2017? Um diese Frage zu klären, hatte das Metzinger Gymnasium die Wahlkreiskandidaten von CDU, SPD, FDP, den Grünen, der Linken und der AfD zur Podiumsdiskussion eingeladen. Die Schüler, die elften Klassen aus Metzingen und Bad Urach sowie zwei zehnte Klassen des Bonhoeffer-Gymnasiums, zeigten sich bestens vorbereitet und sparten nicht mit kritischen Fragen. Die Grünen-Bundestagskandidatin Beate Müller-Gemmeke wurde beispielsweise um Antwort zum Parteibeschluss gebeten, ab 2030 nur noch Autos mit Elektromotor zuzulassen. Ob die Wagen dann mit Strom aus Atom- oder Kohlekraftwerken fahren sollen, wollte ein Schüler wissen. Selbstredend nicht, so Müller-Gemmeke, da die Grünen die Stromerzeugung bis 2030 auf erneuerbare Energien umstellen wollten. Ihrer Partei gehe es mit dem Beschluss darum, einen Startschuss für diese Entwicklung zu geben und der Industrie einen entsprechenden Rahmen aufzuzeigen, damit sich etwas bewege. „Beim Thema Klimawandel ist Deutschland als große Wirtschaftsnation in der Verantwortung."

AfD-Kandidat Wolfram Hirt sah sich mit der Frage nach seinem Familienbild konfrontiert. Wie glaubwürdig eine Partei sei, die daran zweifle, dass die Ehe für alle verfassungskonform ist, deren Bundestagsspitzenkandidatin aber in einer eingetragenen Partnerschaft lebe, wollte eine Schülerin wissen. Zu diesem Thema gebe es in der AfD unterschiedliche Meinungen, antwortete Hirt. Er akzeptiere die Lebensweise von Alice Weidel, andere in der AfD hätten damit allerdings ein Problem.

Michael Donth (CDU) betont auf Nachfrage, er halte das Ziel seiner Partei, die Vollbeschäftigung zu erreichen, für realistisch. Immerhin habe die jetzige Bundesregierung die Zahl der Arbeitslosen von fünf auf zweieinhalb Millionen reduziert. Nun gehe es darum, die Langzeitarbeitslosen stärker zu fördern. „Sozial ist, was Arbeit schafft", so Donth. Deshalb gelte es, die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, Jobs zu schaffen. Zudem sei es richtig, die Sanktionen beizubehalten, die greifen, wenn ein Hartz-IV-Empfänger Stellenangebote ablehne. Schließlich gehe das zu Lasten aller Steuerzahler. Hierfür erntete Donth gleich mehrfach Widerspruch. Eine Schülerin betonte: „Ich würde meine Arbeit auch nicht unter Wert verkaufen." Auch die Kandidatin der Linken, Jessica Tatti, hielt dagegen: „Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können." Wer allerdings gezwungen sei, im Niedriglohnsektor zu arbeiten, der müsse häufig zusätzliche Unterstützung beim Staat beantragen. „Die Frage ist, wer hier die Sozialleistungen ausnutzt?", so Tatti. Schließlich seien es die Unternehmen, die nicht bereit seien, die entsprechenden Löhne zu bezahlen.

Ein großes Friedensversprechen

Im SPD-Wahlprogramm finde sich die Idee, eine europäische Verfassung auszuarbeiten, führte ein Schüler aus. Ob Rebecca Hummel das für realistisch halte? Gerade weil sich in einigen europäischen Ländern nationalistische Tendenzen entwickelten, sei es wichtig, Europa weiterzuentwickeln, betonte Hummel: „So wie es jetzt läuft, ruft die Idee Gegner auf den Plan." Es gelte, den Bürgern zu verdeutlichen, was die europäische Idee den Bürgern bringe. Dazu gehörten beispielsweise die offenen Grenzen, aber auch die Tatsache, dass nun keine Roaminggebühren mehr anfallen. Außerdem dürfe nie vergessen werden, welches Friedensversprechen hinter dem europäischen Gedanken stehe.

FDP-Kandidat Pascal Kober erläuterte auf Nachfrage, mit welcher Politik er Aufstiegschancen für die Jugend verwirklichen will. Bildung, so Kober, sei dafür der entscheidende Schlüssel. Deshalb wolle die FDP die Ausgaben fürs Bildungswesen deutlich erhöhen, mehr Personal einstellen und die technische Ausstattung verbessern. Ebenso wichtig sei ein differenziertes Bildungssystem, in dem jeder gemäß seiner Fähigkeiten einen Platz finden könne. Schüler, die für den Berufseinstieg etwas mehr Zeit bräuchten, sollten überdies länger als bislang die Chance auf eine Förderung erhalten.

Zum Schluss der Debatte kam es Schulleiter Matthias Pröhl zu, die Schüler für ihr faires Verhalten gegenüber allen Kandidaten zu loben und ihnen zugleich einen Rat für die Wahl an die Hand zu geben: Wer als Kandidat auf politische Fragen allzu einfache Antworten parat habe, dem dürften die Jugendlichen durchaus ein gesundes Misstrauen entgegenbringen.